

Digitalcourage e.V.  
Marktstraße 18  
33602 Bielefeld

Tel. +49 521 1639 1639  
Fax +49 521 61172  
mail@digitalcourage.de

Amtsgericht Bielefeld, VR 2479  
USt-ID: DE 187386083

Spendenkonto:  
IBAN: DE66 4805 0161 0002 1297 99  
Sparkasse Bielefeld  
BIC: SPBI DE3B XXX

digitalcourage.de  
bigbrotherawards.de

Bielefeld, 27.06.2023

## **Stellungnahme Digitalcourage e.V. zur öffentlichen Konsultation der Europäischen Kommission zur Digitalisierung von Reisedokumenten**

Die öffentliche Konsultation der Europäischen Kommission zu digitalen Reisedokumenten / digitalen Reiseausweisen (DTC) gibt Anlass zu ernsthaften Bedenken hinsichtlich der Sicherheit von Reisenden und ihrer persönlichen Daten. Während die Europäische Kommission behauptet, dass digitale Reisedokumente dazu beitragen würden, die Ausübung des Rechts auf Freizügigkeit zu erleichtern, würden die von der GD HOME in Betracht gezogenen Optionen eben dieses Recht verletzen.

Die Einführung digitaler Reisedokumente kann nur dann in Betracht gezogen werden, wenn drei Bedingungen erfüllt sind:

1. Die Reisenden dürfen nicht gezwungen werden, digitale Reiseausweise zu verwenden. Die Möglichkeit, physische Reisedokumente zu verwenden, muss dauerhaft gewährleistet sein und nicht nur für die „nahe Zukunft“, wie es die Europäische Kommission in Erwägung zieht.<sup>1</sup>
2. Reisende, die keine digitalen Reiseausweise verwenden, dürfen nicht diskriminiert werden. Dazu gehört z.B., dass Grenzkontrollen für Reisende mit physischen Dokumenten gleichermaßen zugänglich und personell ausreichend ausgestattet sein müssen, um Grenzkontrollen in einer angemessenen Zeit zu ermöglichen.
3. Reisende, die keine digitalen Reiseausweise verwenden, dürfen unter keinen Umständen von den Grenzkontrolltechnologien betroffen sein, die für die Kontrolle digitaler Reiseausweise erforderlich sind. Politische Optionen, „bei denen alle Reisenden überwacht und ihre biometrischen Daten verarbeitet werden“, wie sie die Europäische Kommission in Erwägung zieht,<sup>2</sup> müssen ausgeschlossen werden.

---

<sup>1</sup> Ref. Ares(2022)6214919 – 08/09/2022.

<sup>2</sup> Ibid.

## 1. Hintergrund

Digitalcourage ist eine gemeinnützige Organisation mit Sitz in Bielefeld, Deutschland. Seit 1987 setzen wir uns für Grundrechte, Privatsphäre und den Schutz persönlicher Daten ein. In diesem Zusammenhang wehren wir uns derzeit juristisch vor dem EuGH gegen eine europäische Verordnung, die die Speicherung von Fingerabdrücken auf unseren Personalausweisen in der gesamten EU vorschreibt, da sie einen unverhältnismäßigen Eingriff in unsere Bürger.innenrechte darstellt, alle EU-Bürger.innen wie potenzielle Kriminelle behandelt und die Sicherheit unserer biometrischen Daten gefährdet. Diese Probleme könnten durch die Initiative zur Digitalisierung von Reisedokumenten noch verschärft werden.

Digitalcourage setzt sich für eine lebenswerte Welt im digitalen Zeitalter ein. Wir befürworten den Einsatz digitaler Technologien, um das Leben der Menschen zu verbessern. Das bedeutet auch, dass wir dort eingreifen, wo die Digitalisierung falsch gemacht wird und die Rechte der Bürger.innen gefährdet. Wir wollen nicht, dass unsere Demokratie „verdattet und verkauft“ wird. Wir lehnen es ab, alle Bürgerinnen und Bürger als potenzielle Terrorist.innen unter Verdacht zu stellen. Wir wollen eine lebendige Demokratie.

Die Abteilung für Migration und Inneres der Europäischen Kommission (GD HOME) hat eine Initiative zur Digitalisierung von Reisedokumenten gestartet. Nach der öffentlichen Konsultation könnte diese im dritten Quartal 2023 in einen Vorschlag für eine Verordnung münden.<sup>3</sup> In der „Aufforderung zur Stellungnahme zu einer Folgenabschätzung“ hat die Europäische Kommission ihre Überlegungen zu dieser Initiative und den politischen Optionen dargelegt.<sup>4</sup>

**Aus diesem Grund sind wir alarmiert über** die in der „Aufforderung zur Stellungnahme zu einer Folgenabschätzung“ aufgeführte **Option 6**, die vorsieht, dass

*„Mitgliedstaaten verpflichtet werden, den DTC-Standard der ICAO zu implementieren und Maßnahmen für Reiseerleichterungen einzuführen, die es den Nutzern ermöglichen, Grenzen ohne herkömmliche e-Gates oder Kontrollkabinen zu passieren. Diese Maßnahmen, denen alle Reisenden unterzogen und bei denen die biometrischen Daten der Reisenden verarbeitet werden, umfassen den Einsatz einer oder verschiedener biometrischer Abgleichstechniken. Sie stützen sich auf einen umfassenden Abgleich biometrischer Daten und werden es Reisenden ermöglichen, Grenzen ohne Grenzübertrittskontrollen zu passieren.“*

Dies würde jede reisende Person und jene Personen, die Reisehotspots besuchen oder dort arbeiten, einer biometrischen Massenüberwachung unterwerfen und ist abzulehnen.

Die „Aufforderung zur Stellungnahme zu einer Folgenabschätzung“ offenbart ein problematisches Verständnis des Verhältnisses zwischen dem Staat und seinen Bürger.innen. Die Europäische Kommission stellt fest:

*„Die Nutzung biometrischer Lösungen ermöglicht es den für das Screening zuständigen Behörden, zuverlässiger die Identität von Reisenden festzustellen und gleichzeitig das mit den einzelnen Reisenden verbundene Risiko zu verringern“*

Bürger.innen als Verdächtige und vor allem als Sicherheitsrisiko zu betrachten, das vom Staat in Schach gehalten werden muss, entspricht nicht den Grundwerten demokratischer

---

<sup>3</sup> <https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13514-Travel-digitalising-travel-documents-to-make-travelling-easier>.

<sup>4</sup> Ref. Ares(2022)6214919 – 08/09/2022.

Gesellschaften. Diese verdrehte Logik der Unsicherheitspolitik führt dann zu einer falschen Ausrichtung der Politik. Die EU-Kommission versucht mit diesem Vorschlag, das Problem der zeitraubenden Grenzkontrollen durch vermeintlich effizientere Verfahren zu lösen. Die EU-Kommission stellt jedoch nicht die Frage, warum Grenzkontrollen überhaupt zeitaufwändig sind. Das Recht auf Freizügigkeit in der EU wird bereits durch das umfangreiche „Sicherheitstheater“ in Form von invasiven Grenzkontrollen eingeschränkt. Anstatt die Sicherheit der Reisenden und ihrer (biometrischen) Daten durch digitalisierte Reisedokumente zu gefährden, sollte dieses Problem durch den Abbau unnötiger und unverhältnismäßiger Beschränkungen der Freizügigkeit in den derzeitigen Grenzkontrollsystemen angegangen werden. Eine mögliche Verkürzung der Wartezeiten an Flughäfen, die durch frühere Eingriffe in das Recht auf Freizügigkeit entstanden sind, ist kein triftiger Grund für weitere Eingriffe in die Rechte der Bürger.innen.

Je häufiger biometrische Daten erhoben, gespeichert, weitergeleitet oder allgemein verwendet werden, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit eines versehentlichen oder böswilligen Datenlecks. Wir erinnern die Europäische Kommission daran, dass biometrische Merkmale eine ganz besondere Dimension haben, da sie eine lebenslange Kontrolle ermöglichen: Menschen können bei Bedarf ihr Passwort, ihren Namen und ihren Wohnort ändern, um sich beispielsweise vor Verfolgung oder Bedrohung zu schützen. Biometrische Daten hingegen können nie geändert werden. Insbesondere die geplante Speicherung dieser Informationen auf den Smartphones der Bürger.innen wirft erhebliche Sicherheitsprobleme auf.

## 2. Empfehlungen

Wir fordern die EU-Kommission auf, dafür zu sorgen, dass **digitale Reiseausweise und alle damit verbundenen Verfahren nur als freiwillige Option** für Bürger.innen und Reisende in der Europäischen Union eingeführt werden dürfen. **Die Möglichkeit, physische Reisedokumente anstelle von digitalen Reiseausweisen zu verwenden, muss dauerhaft gewährleistet bleiben. Reisende mit physischen Reisedokumenten dürfen nicht diskriminiert werden und dürfen nicht der biometrischen Überwachung oder anderen Grenzkontrolltechnologien unterworfen werden, die für digitale Reiseausweise erforderlich sind.** Um die Ausübung des Rechts auf Freizügigkeit innerhalb der EU zu erleichtern, sollte die Europäische Kommission stattdessen vorschlagen, wie unnötige und unverhältnismäßige Verstöße gegen das Recht auf Freizügigkeit und andere Rechte in den derzeitigen Grenzkontrollsystemen verringert werden können.

Mit freundlichen Grüßen

Julia Witte und Konstantin Macher  
für Digitalcourage e.V.